

Hessen braucht den Politikwechsel!

Liebe Wählerinnen und Wähler,

was bewegt einen parteilosen aktiven Gewerkschafter als Direktkandidat für DIE LINKE anzutreten?

Seit vielen Jahren wird in Deutschland und in Hessen eine Politik des Sozialabbaus betrieben:

- Die durchschnittlichen Löhne sind gesunken.
- Immer mehr Menschen verdienen mit ihrer Arbeit so wenig, dass sie als arm gelten.
- Über drei Millionen Kinder wachsen in Armut auf, in Rüsselsheim ist ca. ein Viertel aller Kinder von Armut betroffen.
- Durch Privatisierung von Strom, Post, Bahn und Krankenhäusern wurden die Leistungen verschlechtert und verteuert.
- Beim Land und in den Kommunen wurden massiv Arbeitsplätze vernichtet und die Arbeitszeit der Verbleibenden hochgeschraubt.

Die CDU Regierung unter Roland Koch hat diese Politik unterstützt und zugespitzt:

- Landeseigentum wurde zu Schleuderpreisen privatisiert.
- Hessens Schulen sind bestenfalls Mittelmaß. Geld fehlt, es werden zu große Klassen gebildet, und die Trennung in Hauptschule, Realschule und Gymnasium wird gegen jede Vernunft aufrecht erhalten.
- Die Regierung Koch ist aus der Tarifgemeinschaft der Länder ausgetreten, um über die Arbeitszeit und Entlohnung des Landespersonals nach Gutsherrenart entscheiden zu können. Der Abbau demokratischer Mitbestimmungsrechte ist ihr Markenzeichen.
- Zuschüsse für soziale Projekte, Beratung und karitative Einrichtungen wurden massiv gekürzt. Das schadet vielen Menschen, insbesondere denen, die in Notlagen Rat und Hilfe brauchen.
- Politische Gegner werden übel diffamiert und der legitime Widerstand gegen den Flughafenausbau als rechtswidrig hingestellt.

CDU und FDP wollen jetzt gemeinsam diesen Kurs fortsetzen. Da auch SPD und Grüne auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene für Personalabbau, Privatisierung und Hartz IV stehen, bleibt im aktuellen politischen Kräfteverhältnis nur DIE LINKE als die Partei, die Anliegen der sozialen Bewegungen nachhaltig in den Landtag einbringt. Deshalb unterstütze ich bei der Landtagswahl am 18. Januar 2009 „DIE LINKE“. *Bernd Heyl*



Mehr Informationen an den Infoständen:

Rüsselsheim Innenstadt, Marktstraße, vor der SEB-Bank
10.1.2009 und 17.1.2009

Im EKZ Rüsselsheim-Königstädten, 14.1.2009

Im EKZ Rüsselsheim-Dicker Busch, 15.1.2009

Raunheim, Stadtzentrum (vor der Post), 10.1.2009 und 17.1.2009

Kontakt:

www.linke-kreis-gross-gerau.de
www.liste-solidaritaet.de

V.i.S.d.P. DIE LINKE Kreisverband Groß-Gerau
Christiane Böhm, Bertha-von-Suttner-Weg 13, 65468 Trebur

Gedruckt auf Umweltschreibpapier

Sieben Punkte für ein soziales Hessen

Aus dem Kurzwahlprogramm

Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

... Wir wollen die Banken demokratisch kontrollieren, damit der Mensch im Mittelpunkt steht und nicht der Profit. Wir fordern ein bundesweites Investitionsprogramm. Für Hessen schlagen wir ein Aktionsprogramm »Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit« vor. Damit können wir 25.000 Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen und Kitas, Schulen und Hochschulen ausbauen. Wir bekämpfen Armut und Kinderarmut. Und wir fordern einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,71 Euro, ein hessisches Tariftreuegesetz und die Umwandlung aller 1-Euro-Jobs in reguläre Arbeitsverhältnisse. ... Menschen mit niedrigem Einkommen sollen eine »HessenCard« erhalten. Für sie müssen der öffentliche Nahverkehr, Kultur, Kitas sowie Schulspeisung und Lernmittel kostenlos sein.

Rücknahme von Agenda 2010, Rente mit 67 und Hartz IV

... Wir streiten für soziale Verbesserungen in der Arbeitswelt, die Rücknahme von Arbeitszeitverlängerungen im öffentlichen Dienst, die Verteidigung von Mitbestimmungsrechten und für kürzere Ladenschlusszeiten.

Bildung ist Menschenrecht

... Wir wollen die Gemeinschaftsschule. Alle Kinder sollen bis zur 10. Klasse gemeinsam lernen. Wir verteidigen die Abschaffung der Studiengebühren, denn die Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Auch die Qualität des Unterrichts muss verbessert werden. Wir wollen Berufsschulen ausbauen und Weiterbildung fördern. Öffentliche Investitionen in Erziehung, Bildung und Ausbildung entscheiden Hessens Zukunft.

Privatisierung öffentlicher Einrichtungen ist Diebstahl

Die Energie- und Wasserwirtschaft gehören ebenso in die Öffentliche Hand wie das Schulsystem, die Bahn und nicht zuletzt die Sozialsysteme. Nur die Reichen können sich einen armen Staat leisten. Infrastruktur und soziale Dienstleistungen dürfen nicht nach Profitkriterien gesteuert werden. Sie müssen allen Menschen zur Verfügung stehen, die diese Leistungen benötigen. ...

Für den ökologischen Umbau Hessens

Der öffentliche Nahverkehr soll ausgebaut, die energetische Gebäudesanierung gefördert und regenerative Energien verstärkt eingesetzt werden. Biblis A muss sofort stillgelegt und das Kohlekraftwerk Staudinger verhindert werden. Den Flughafenausbau in Frankfurt und in Kassel-Calden lehnen wir ab.

Mehr Demokratie

Volksentscheide sollen erleichtert und die kommunale Selbstverwaltung gestärkt werden. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist Tagesaufgabe. ... Wir brauchen auch gleiche Rechte für Menschen mit Migrationshintergrund und wenden uns gegen Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen oder aufgrund ihrer Lebensweise bzw. sexuellen Identität. Entschieden kämpfen wir gegen Rassismus, Neofaschismus und Antisemitismus.

Frieden und Toleranz

... Wir treten für eine Friedenserziehung an Schulen ein, die Akzeptanz gegenüber allen Menschen lehrt, unabhängig von ihrer religiösen und ethnischen Herkunft. Deutsche Soldaten haben im Ausland nichts verloren. Wir kämpfen mit der Friedensbewegung gegen die Militarisierung deutscher Außenpolitik. Hessische Flughäfen dürfen nicht für Militäreinsätze missbraucht werden!

Unsere Vorschläge sind finanzierbar

In einem Land, in dem die Bundesregierung von einem Tag auf den anderen 500 Milliarden Euro für Bürgschaften locker macht, um die Banken zu retten, ist genügend Geld da. Es ist nur ungerecht verteilt. Zur Verteilung haben wir konkrete Vorschläge unterbreitet: Konzerne, Reiche und Spitzenverdiener wollen wir wieder zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranziehen. Darum fordern wir die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine Millionärsabgabe, die Erhöhung der Erbschafts- und Unternehmenssteuern und eine Anhebung der Spitzensteuersätze.



Flughafenausbau jetzt stoppen!

Der Ausbau des Frankfurter Flughafens und die damit verbundenen Belastungen für Umwelt und Gesundheit werden von den meisten Menschen in der Region abgelehnt. Der erhoffte Profit kann die Mensch und Natur zugemuteten Belastungen nicht rechtfertigen. Die aktuellen Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens stützen unsere Kritik. Im November gab Fraport Chef Bender unumwunden zu: „Ein kontinuierliches Verkehrswachstum, ... sehen wir im Moment für ... Frankfurt nicht.“ In Zahlen ausgedrückt: Im Vergleich zum November des Vorjahres ging die Zahl der Passagiere um 7% und das Frachtvolumen sogar um 8,6% zurück.

Der von CDU und FDP befürwortete Sofortvollzug des Baubeginns vor der juristisch abschließenden Entscheidung über Einwendungen aus der Region, ist also weniger denn je zu akzeptieren. DIE LINKE solidarisiert sich mit dem Widerstand im Kelsterbacher Wald, der u.a. von dem 60 Bürgerinitiativen umfassenden Bündnis der Bürgerinitiativen „Kein Flughafenausbau. Für ein Nachtflugverbot von 22 – 6 Uhr“, Robin Wood, verschiedenen Naturschutzgruppen und vielen Einzelpersonen, getragen wird.



Ihr Direktkandidat



Bernd Heyl, 56 Jahre alt, ledig, ein Sohn.

Als Lehrer für Deutsch, Sozialkunde und Polytechnik und ausgebildeter Berufsberater habe ich mich für die Überwindung des gegliederten Schulsystems und für eine an den Interessen von Schülerinnen und Schülern orientierte umfassende Bildung eingesetzt. Zur Zeit arbeite ich als Pädagogischer Mitarbeiter an der Goethe Universität in Frankfurt.

Zwischen 2001 und 2006 konnte ich als Stadtverordneter der Wahlinitiative „Liste Solidarität“ unter anderem die Bürgerbegehren gegen die Schließung der Eichgrundschule, die Schließung der Horte und die Erhöhung der Gruppengrößen in den Kitas aktiv und erfolgreich in der Rüsselsheimer Stadtverordnetenversammlung unterstützen. Gemeinsam mit engagierten Bürger/innen Rüsselsheims gelang es auch, den Verkauf der Stadtwerke an den Wasserkonzern Eurawasser zu verhindern. Von 2006-2007 vertrat ich eine Wahlgemeinschaft von Die Linke/Liste Solidarität und Liste Rüssel als Stadtrat im Magistrat der Stadt Rüsselsheim.

Neben der aktiven Mitarbeit in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, im DGB und in verschiedenen sozialpolitischen Initiativen habe ich mich immer wieder intensiv mit der regionalen Geschichte, insbesondere während der NS-Zeit, beschäftigt. Durch meine Direktkandidatur möchte ich einen Beitrag dazu leisten, dass der weitere Ausverkauf öffentlichen Eigentums verhindert und Hessen ein sozial- und bildungspolitisch fortschrittliches Bundesland wird.

Unter der Regierung Koch wurden die Reichen reicher, die Armen ärmer. Steuergeschenke für Unternehmen und Reiche, Kürzungen und Hartz IV für den Rest.

Damit muss Schluss sein. Darum will DIE LINKE den Politikwechsel.

Wir stehen ohne „wenn und aber“ für ein soziales Hessen, gemeinsam mit sozialen Bewegungen und Gewerkschaften auf der Straße und im Parlament.

Wir bringen die Interessen der Menschen im Landtag zur Sprache.

**Darum am
18. Januar 2009:
Mit Erst- und
Zweitstimme
DIE LINKE wählen!**

DIE LINKE.

**Für ein soziales
Hessen!**

Jetzt erst recht:

**DIE LINKE
wählen!**

DIE LINKE.